

Liberalismus neu denken. Eine Einleitung

Ralf Fücks & Rainald Manthe

Demokratie lässt sich heute nur noch als liberale Demokratie denken. Die Schimäre der »illiberalen Demokratie« ist nur Tarnung auf dem Weg in den Autoritarismus. Ideengeschichtlich bildet der Liberalismus als breite politisch-philosophische Denkströmung die Grundlage der modernen Demokratie. Er hat Gewaltenteilung und Rechtsstaat, eine ständige Ausweitung politischer Partizipation und eine aktive Bürgergesellschaft befördert. In seinem Zentrum steht das Postulat der gleichen Freiheit aller und die normative Idee der Menschenrechte. Beide sind subversive Postulate gegenüber Verhältnissen, in denen sie nicht eingelöst sind. Auch die Vorstellung einer durch das Recht geregelten internationalen Ordnung geht auf liberale Denker zurück. Der Liberalismus ist so tief vorgedrungen, dass wir die Begriffe »liberale Demokratie« und »Demokratie« heute beinahe synonym benutzen.

Die liberale Demokratie ist bedroht

Die Erfolgsgeschichte des Liberalismus ist allerdings keine Garantie für die Zukunft. Die liberale Demokratie ist umkämpft. Im Inneren ist sie durch populistische Parteien und Bewegungen bedroht, die sie als Deformation des »echten« Volkswillens attackieren. Während die Hochzeit der AfD in Deutschland (vorerst) vorbei zu sein scheint, konkurrierten im Nachbarland Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen 2022 gleich mehrere populistische Kandidaten und Kandidatinnen um das höchste Staatsamt. Auch in den USA ist die populistische Gefahr nicht gebannt. Dort hat die politische und kulturelle Polarisierung ein Ausmaß erreicht, das kaum noch eine Rückbesinnung auf demokratische Gemeinsamkeiten ermöglicht. In einigen ost-

mitteleuropäischen Staaten regieren Parteien, die den Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Medien untergraben.

Von außen wird die liberale Demokratie durch immer selbstbewusster auftretende autoritäre Mächte bedroht, allen voran China und Russland. Wir befinden uns inmitten einer neuen Systemkonkurrenz mit autoritären Staaten. In China ist ein neuer Typus eines High-Tech-Autoritarismus entstanden, der totalitäre Herrschaftsmethoden mit ökonomischer Dynamik, technischer Innovation und digitaler Überwachung verbindet.

Während wir diese Zeilen schreiben, führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, wie ihn Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat. Putins Feldzug gegen eine unabhängige, demokratische und europäische Ukraine ist zugleich ein Angriff auf die liberale Demokratie. Nichts fürchten die Herrschenden im Kreml mehr als ein Überspringen des Geists der Freiheit auf Russland.

Der eklatante Bruch des Völkerrechts und die enthemmte Gewaltpolitik eines ständigen Mitglieds des UN-Sicherheitsrats markieren eine tiefe Zäsur. Putins Krieg hat die liberalen Demokratien aufgeweckt. Deutschland fährt seine Verteidigungsausgaben hoch und steigt aus der lange gehegten Energiepartnerschaft mit Russland aus. Die Europäische Gemeinschaft rückt enger zusammen, das transatlantische Bündnis wird neu belebt.

Was sind Demokratien bereit zu tun, um sich gegen ihre Feinde zu verteidigen? Diese schon fast vergessene Frage lässt sich nicht länger beiseiteschieben. Freiheit gibt es nicht umsonst, sie muss immer wieder neu errungen und verteidigt werden. Die Ukraine zahlt gerade den höchsten Preis – auch, weil der Westen zu lange zögerte, Putins Revanchismus entgegenzutreten.

Herausforderungen der 2020er Jahre

Damit nicht genug. Die 2020er werden ein Jahrzehnt des Umbruchs. Zum neuen Systemkonflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus kommen weitere fundamentale Herausforderungen:

Die größte ist wohl der *Klimawandel*. Es bleibt offen, ob die Destabilisierung des Erdklimas in eine Art ökologisches Notstandsregime führt oder ob es in einer globalen Kraftanstrengung gelingt, den Klimawandel durch eine neue Welle grüner Investitionen und Innovationen aufzuhalten. Eine

vorrangig auf Einschränkungen und Frugalismus setzende Politik wird den Klimawandel bestenfalls verzögern, aber die Demokratie gefährden.

Die *digitale Revolution* beeinflusst alle Bereiche unseres Lebens. Sie verändert dramatisch die Arbeitswelt wie auch die öffentliche Kommunikation und die Art, wie Politik gemacht wird. In letzter Konsequenz stellen Künstliche Intelligenz und die fortschreitende Automatisierung komplexer Tätigkeiten die Dominanz des Menschen über die Maschinenwelt infrage. Digitale Technologien haben ein großes Freiheitspotential, das sich aber auch in sein Gegenteil wenden kann, wie der chinesische Hightech-Autoritarismus zeigt.

Westliche Gesellschaften werden *sozial und kulturell immer heterogener*. Dieser Prozess nimmt durch globale Migration noch einmal zu. Wie lässt sich in so diversen Gesellschaften sozialer Zusammenhalt und republikanische Gemeinsamkeit herstellen? Wie können wir gleiche Rechte und Chancen für alle gewährleisten und vermeiden, dass die Gesellschaft in identitäre, selbstbezügliche Gruppen zerfällt?

Die Beiträge dieses Bandes stehen noch unter dem Eindruck der *Covid-19-Pandemie*. In vielen Ländern – nicht nur in China mit seiner Null-Covid-Strategie – wurden drastische Maßnahmen ergriffen, um die Pandemie einzudämmen. Individuelle Freiheiten wurden im Interesse aller eingeschränkt. Heute wird in Deutschland heftig über eine Impfpflicht gestritten. Was tun, wenn der Appell an Eigenverantwortung und Solidarität nicht ausreicht? Wieweit ist die Einschränkung von Grundrechten legitim oder sogar geboten, um Leben und Gesundheit aller zu schützen? Weitere Gesundheitsgefahren – etwa eine wachsende Resistenz gegen Antibiotika und damit verbundene neue Pandemien – klopfen bereits an die Tür.

Auch die *Rolle des Staates* wandelt sich. Wenn die Welt aus den Fugen gerät, ist der Staat gefordert. Er rückt wieder als kollektive Instanz der Gefahrenabwehr in den Blick. Darin liegt auch die Gefahr der Überschätzung und Überforderung. Demokratische Resilienz erfordert mehr als einen handlungsfähigen Staat. Sie braucht funktionierende Märkte und eine engagierte Zivilgesellschaft. Das wird gerade wieder an der großen Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter deutlich. Markt, Staat und Zivilgesellschaft müssen zusammenspielen, um die liberale Demokratie zukunftsfest zu machen.

Liberalismus unter Beschuss

Es scheint, als habe der zeitgenössische Liberalismus zu diesen zentralen Herausforderungen wenig zu sagen. Auch deshalb ist er vielfach in die Defensive geraten. Von seinen Gegnern wird er oft und gern mit Marktradikalismus, Egoismus, sozialer Kälte und ökologischer Ignoranz assoziiert. Manche Kritikerinnen und Kritiker werfen ihm vor, den Geltungsanspruch liberaler Prinzipien überdehnt zu haben. Andere hegen den Verdacht, der Liberalismus habe sein emanzipatorisches Potential verloren und sei zur bloßen Verteidigung der Privilegien der Privilegierten verkümmert. Das Beharren auf individueller Freiheit, die liberale Staatsferne und die Skepsis gegenüber Gemeinschaftsutopien gelten als nicht mehr zeitgemäß.

Wir sind überzeugt: Der Liberalismus als Denkrichtung ist nicht tot, aber er braucht eine profunde Erneuerung. Diese selbstkritische Erneuerung muss sich über die gegenwärtigen Bedingungen von Freiheit verständigen, und sie muss liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben.

Was will dieses Buch?

Der Liberalismus ist eine vielfältige, sich ständig erneuernde Denkströmung. Sie reicht weit über die Parteien hinaus, die »liberal« oder »Freiheit« im Namen tragen. Es gibt freiheitlich denkende Akteure in allen demokratischen Parteien und fast allen gesellschaftlichen Milieus. Allerdings sind die Bedingungen der Freiheit im 21. Jahrhundert andere als in der Frühzeit des Liberalismus und wiederum andere als in seiner jüngsten Blütezeit in den Wendejahren 1989/90. Der Liberalismus darf die Suche nach Identität und Gemeinsamkeit nicht der politischen Rechten, die soziale Gerechtigkeit nicht der Linken und die Ökologie nicht allein den Grünen überlassen. Er muss eigene, liberale Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit finden. Um diese selbstkritische Erneuerung des Liberalismus geht es im ersten Teil unseres Bandes.

Der zweite Teil diskutiert liberale Antworten auf die großen Probleme der 20er Jahre: den Klimawandel, die Globalisierung, die digitale Revolution, die transnationale Migration. Welche Infrastrukturen brauchen Demokratien? Wie sollten Liberale auf das wachsende Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität in einer sich rasant verändernden Welt reagieren? Wie muss das Verhältnis von Staat, Markt und bürgerlicher Selbstverantwortung neu bestimmt werden?

Die Texte

Unser Band versammelt Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft, die sich auf verschiedene Weisen als liberal verstehen. Dass der Liberalismus unterschiedliche Perspektiven auf die Verwirklichung von Freiheit einnimmt, wird auch an ihren Beiträgen deutlich.

I Liberalismus im 21. Jahrhundert

Timothy Garton Ash spricht sich für eine neue liberale Agenda aus. Ein erneuerter Liberalismus muss sich mit seinen blinden Flecken und Verkürzungen auseinandersetzen, er muss das traditionelle Erbe wie die Redefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz gegen den neuen Autoritarismus verteidigen und Antworten auf die neuen Herausforderungen geben.

Rainer Hank wendet sich gegen eine reine Verteidigung der Demokratie. Liberalismus und Demokratie, meint er, seien nicht immer dasselbe. Wichtig sei, den Liberalismus und damit die liberale Demokratie zu verteidigen. Jetzt muss für eine liberale Toleranz gestritten und wehrhaft mit den Gegnern umgegangen werden.

Michael Zürn beleuchtet das Spannungsverhältnis zwischen Globalisierung und liberaler Demokratie. Die Erwartung, dass die ökonomische Globalisierung den Siegeszug der Demokratie befördert, hat sich als Illusion entpuppt. Vielmehr hat sie zu wachsenden Konflikten in den westlichen Demokratien geführt und zugleich den globalen Aufstieg des autoritären Populismus befördert.

Karolina Wigura plädiert dafür, einer »Politik der Gefühle« wieder mehr Raum zu geben. Während populistische Bewegungen und Parteien vor allem das Gefühl der Angst kapitalisieren, versagen Liberale dabei, mit Gefühlen progressive Politik zu machen.

»Neoliberalismus« ist ein schillernder Begriff. Vielfach wird er als Grund allen Übels gegen liberales Denken und Politik in Stellung gebracht. *Stefan Kolev* zeichnet in seinem Beitrag die Geschichte und Bedeutung dieses Begriffs nach und plädiert dafür, dass der Liberalismus sich immer wieder erneuern muss, also stetig neue Neoliberalismen benötigt.

Ein Leben in Furcht macht unfrei. *Amichai Magen* plädiert in Anlehnung an Judith Shklar für einen »Liberalismus der Furcht«, der verhindert, dass Furcht zur dominierenden Stimmungslage wird.

Jacques Rupnik erkundet mit seinem Text, warum sich in einigen Ländern Ost-Mitteleuropas ein fruchtbarer Boden für illiberale, autoritäre Parteien entwickelt hat. Demografische Panik, schwach ausgeprägte liberale Traditionen, soziale Diskrepanzen sowie eine kulturelle Definition nationaler Identität bilden ein spezifisches Gemisch, das nationalpopulistische Parteien begünstigt.

Christoph Möllers zeigt, dass Individualität nur als soziale Leistung zu verstehen ist. Freiheit ist an gesellschaftliche Bedingungen geknüpft, die erlernt und bewahrt werden müssen. Das erfordert gemeinsames Handeln als Medium der Freiheit. Ein moderner Liberalismus muss sich vor allem in Situationen bewähren, in denen Menschen die Freiheit, ihr Leben selbstständig zu gestalten, verwehrt wird.

Freiheit und Gerechtigkeit werden in der öffentlichen Diskussion häufig als konkurrierende Grundwerte behandelt. Demgegenüber zeigt *Karen Horn* in ihrer Reise durch die Ideengeschichte, dass Gerechtigkeit für liberale Denker ein zentrales Konzept ist.

Auch Ökologie und Freiheit erscheinen oft als Gegensätze. Gerade jetzt, da der Klimawandel eine drastische Reduktion von Treibhausgasemissionen erfordert, werden Rufe nach Freiheitseinschränkungen lauter. *Ralf Fücks* plädiert demgegenüber für die Innovationsfähigkeit von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft und umreißt die Potentiale einer ökologischen Moderne.

II Liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Demokratie baut auf eigenen Infrastrukturen auf: Parlamente, Parteien und unabhängige, professionelle Medien. *Jan-Werner Müller* plädiert dafür, auch die digitalen Infrastrukturen der Demokratie – vor allem soziale Medien und Software – stärker zu demokratisieren, damit sie die aktive Teilhabe vieler unterstützen.

Die Coronapandemie ist eine Bewährungsprobe für den Liberalismus. *Sabine Döring* diskutiert anhand der Frage einer allgemeinen Impfpflicht, wie Freiheit und Gemeinwohl miteinander in Verbindung gebracht werden

können. Sie knüpft damit an Christoph Möllers an: Freiheit vollzieht sich immer nur im Kontext eines Gemeinwesens.

Demokratie muss wehrhaft sein. *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* begründet, weshalb der Liberalismus sich entschieden dem Rechtspopulismus entgegenstellen muss. Liberale müssen einen Weg zwischen radikalem Individualismus und falscher, gesellschaftliche Konfliktlinien verleugnender Einmütigkeit finden.

Ralf Fücks plädiert in einem weiteren Beitrag für »Eigentum für alle« als Grundlage einer liberalen Bürgergesellschaft: Wohneigentum und eine breite gesellschaftliche Beteiligung an Unternehmen erweitern Freiheitsgrade und ermöglichen mehr ökonomische Mitbestimmung.

Daniela Schwarzer analysiert die neue Systemkonkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritären Mächten, allen voran China und Russland. Sie zeigt, dass Demokratien nach innen wie nach außen handlungsfähig sein müssen und entwirft mögliche Antworten auf EU-Ebene, damit liberale Demokratien sich behaupten können.

Die gesellschaftliche Zustimmung zu Migration und Integration wächst. Wie kann man gelingende Integration politisch gestalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken? *Cornelia Schu* gibt fünf Antworten.

Achim Wambach zeigt, dass es Lösungen jenseits von Staatseigentum gibt, um wichtige öffentliche Infrastrukturen zu organisieren. Mit »klugem Marktdesign« lassen sich Mobilfunk- oder Energiemärkte im Interesse des Gemeinwohls regulieren.

Gabriel Felbermayr plädiert für mehr statt weniger Freihandel. Auch die Dämpfer durch die Coronapandemie sieht er nur als vorübergehend an. Staaten sollten wieder stärker auf Freihandel im Rahmen vereinbarter Spielregeln setzen, statt wohlstandsmindernde und innovationshemmende Handelsbarrieren aufzubauen.

Alexandra Borchardt argumentiert, dass Digitalisierung eine erneuerte Ethik braucht. Wir müssen, so ihr Apell, die digitale Welt gestalten, statt uns von ihr gestalten zu lassen. Das wird zu einer Grundfrage der Demokratie.

Christopher Gohl spricht sich für eine neue Demokratiepoltik aus. Damit die liberale Demokratie lernfähig und lebendig bleibt, muss Demokratiepoltik Wege zwischen technokratischer Elitenherrschaft und anti-institutionellem Populismus finden.

Im abschließenden Beitrag argumentieren *Ralf Fücks und Rainald Manthe*, dass Menschen in Zeiten rasanten Wandels ein grundständiges Maß an

Sicherheit brauchen. Am Beispiel eines Bildungsgrundeinkommens, das ein Bürgerrecht auf Weiterbildung finanziell und institutionell absichert, zeigen wir, wie erweiterte individuelle Freiheitsgrade und Bewältigung des Strukturwandels zusammengehen können.

Danksagung

Dieser Band war nicht möglich ohne die Unterstützung vieler Menschen und Institutionen. Zuerst zu nennen sind die Friede-Springer-Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, die das Projekt finanziell unterstützt und uns darin ermutigt haben, dass ein erneuerter Liberalismus nötig ist, um unsere Demokratie weiterzuentwickeln. Ute Schweitzer und Anna Hofmann, die das Projekt wertschätzend und flexibel begleitet haben, danken wir sehr.

Auch unseren Autorinnen und Autoren sind wir zu großem Dank verpflichtet. Sie sind auf Anregungen eingegangen und haben sich auch über kurze Deadlines nicht beschwert. Ihre Ideen und Texte tragen das Buch und bereichern die Debatte. Gemeinsam mit ihnen zur Diskussion über einen erneuerten Liberalismus beizutragen ist uns eine Ehre und Freude.

Beim transcript Verlag hat Linda Dümpelmann uns stets unterstützt, auch schwierige Fragen gelöst und maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Band schnell erscheinen konnte.

Last but not least gilt unser Dank Nila Sarabi, Lara Schauand und Marius Drozdowski, die das Projekt beim Zentrum Liberale Moderne begleitet und zu seinem Erfolg beigetragen haben.